

presse

Aserbaidtschan: Menschenrechte nicht für Öl verkaufen

Frank Schwabe, Sprecher für Menschenrechte und humanitäre Hilfe:

Beim heutigen Besuch des aserbaidtschanischen Präsidenten Ilham Alijew in Berlin darf es nicht nur um die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern gehen. Angesicht der Repressionswelle gegen Kritiker des autoritären Regimes muss die Einhaltung der Menschenrechte ganz oben auf der Agenda stehen.

"Wenn wir unsere europäischen Werte ernst nehmen – Aserbaidtschan ist Mitglied des Europarates – müssen wir heute thematisieren, dass sich alle unsere menschenrechtlichen Gesprächspartner in Aserbaidtschan aufgrund von fadenscheinigen Anschuldigungen im Gefängnis befinden. Häufig werden sie wegen Drogendelikten verurteilt; die Drogen wurden ihnen zuvor untergeschoben. Europaweit bekannt sind die inhaftierten Menschenrechtsverteidiger Leyla Yunus und Ilgar Mammadov sowie die Journalistin Khadija Ismayilova. Trotz heftiger Einschüchterungsversuche hat Ismayilova weiter über die dubiosen Geschäfte der Präsidentenfamilie recherchiert.

Nach außen gibt sich Aserbaidtschan europäisch und offen. Dennoch verstößt das Regime massiv gegen die Menschenrechte, insbesondere gegen das Recht auf Meinungsfreiheit. Über 100 politische Gefangene belegen dies. Wenn Aserbaidtschan neben dem Geschäftsinteresse im Öl- und Gasexport nach internationaler politischer Anerkennung strebt, muss es demokratische und rechtsstaatliche Grundprinzipien achten. Dies muss Präsident Alijew bei seinem Besuch unmissverständlich vermittelt werden. Menschenrechte sind nicht verhandelbar – auch nicht gegen Öl.“